



Agnieszka Bielawska

Dr. habil., Adam-Mickiewicz-Universität in Posen, Polen

<https://orcid.org/0000-0003-2670-9782>

Europäische Integration in den Konzepten der polnischen und deutschen Parteien der Europäischen Volkspartei

Einführung

Ziel des Beitrages ist es, das Konzept der europäischen Integration zweier deutscher Parteien – der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) – und zweier polnischer Parteien – der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) und der Polnischen Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL) – die Mitglieder der Europäischen Volkspartei (EVP) sind, vorzustellen. Ziel ist es auch, die Konzepten der genannten Parteien zu vergleichen, ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzuzeigen und so die Grundlage für ihre Zusammenarbeit innerhalb der EVP in Fragen der europäischen Integration zu finden. Der Beitrag bezieht sich nicht direkt auf das Konzept der europäischen Integration der Europäischen Volkspartei, da es nicht darum geht, zu zeigen, ob und inwieweit polnische und deutsche Parteien dieses Konzept beeinflusst haben. Es bezieht sich auch nicht auf den politischen Kontext, obwohl es zweifellos interessant wäre, die Konzepte der genannten Parteien mit einem solchen Kontext zu verknüpfen.

Der zeitliche Rahmen der Analyse umfasst die Jahre 2004–2019 (also vom Zeitpunkt des Beitritts Polens zur Europäischen Union bis zu den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament). Im Rahmen des Beitrages beabsichtige ich, die folgenden Forschungsfragen zu beantworten: 1. Wie haben die oben genannten Parteien

die Europäische Union wahrgenommen? 2. Welches Modell der europäischen Integration vertreten CDU, CSU, PO und PSL? 3. Wie haben polnische und deutsche EVP-Parteien die Erweiterung der Europäischen Union wahrgenommen? Die Forschungsfragen beziehen sich auf den Inhalt der analysierten Parteidokumente von CDU, CSU, PO und PSL, die sich eher allgemein auf Fragen der europäischen Integration bezogen. Sie resultieren auch aus dem Versuch, das in dem Artikel angesprochene Thema im Sinne einer Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und einer Erweiterung der Organisation zu formulieren.

Beim Verfassen des Beitrages habe ich die vergleichende und historische Methode verwendet, die die Ansichten von CDU, CSU, PO und PSL zur europäischen Integration eingeführt und Veränderungen dieser Ansichten in den letzten 15 Jahren aufgezeigt hat. Ich habe auch eine Inhaltsanalyse verwendet, die es ermöglichte, Parteidokumente zu untersuchen und zu interpretieren, die in den Jahren 2004–2019 von deutschen und polnischen Parteien, die der EVP angehören, veröffentlicht wurden. Die Hypothese des Artikels ist, dass die Konzepte der europäischen Integration von CDU, CSU, PO und PSL eine angemessene Grundlage für die Etablierung einer Zusammenarbeit zwischen polnischen und deutschen Parteien innerhalb der EVP darstellen.

Wie haben PO, PSL, CDU und CSU die Europäische Union wahrgenommen?

Im „Europa-Manifest der CDU“ von 2004 betonte die Christlich Demokratische Union, dass „die Europäische Union viel mehr ist als eine ausschließliche Freihandelszone. Für uns ist es eine politische Einheit von Bürgern und befreundeten europäischen Nationen“¹. Im drei Jahre später veröffentlichten Grundsatzprogramm präziserte die Partei, dass die Organisation der Schlüssel zur Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand auf Dauer sei und es daher „im eigenen Interesse Deutschlands liegt, an der Verwirklichung der europäischen Einigung aktiv mitzuwirken“². Die Christlich-Soziale Union äußerte sich in ihrem Grundsatzprogramm 2007 ähnlich und fügte hinzu, dass es keine vernünftige Alternative zur EU gebe³. Folglich

¹ „Europa-Manifest der CDU“. *Beschluss des Bundesvorstands der Christlich Demokratischen Union Deutschlands am 22. März 2004* (2004), http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Europaparlament/Programm_Europawahl2004.pdf, S. 3, 5 [Zugriff: 5.5.2022].

² „Freiheit und Sicherheit“. *Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm. Beschlussen vom 21. Parteitag, Hannover, 3.–4. Dezember 2007* (2007), https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar_1.pdf?file=1&type=field_collection_item&cid=1918, S. 97–98 [Zugriff: 5.5.2022].

³ Die CSU hat die Europäische Union als Gemeinschaft des Friedens, der Freiheit und der Stabilität im Interesse Deutschlands und Bayerns bezeichnet. „*Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten*“. *Grundsatzprogramm der Christlich Sozialen Union beschlos-*

werden die beiden christdemokratischen Schwesterparteien als „Europa-Parteien“ bezeichnet.

Auch die Bürgerplattform versteht sich als proeuropäische Partei. Parteidokument von 2005 beschrieb die Europäische Union als große Herausforderung, „weil sie von uns verlangt, unseren eigenen Beitrag zu leisten und unsere Identität in einem vereinten Europa zu betonen“, und gleichzeitig als die Hoffnung auf „dauerhaften Frieden, Wohlstand, Stabilität und Sicherheit sowie Entwicklung der Zivilgesellschaft, Stärkung der nationalen Identität und Modernisierung des Staates“⁴. Im Programm „Polen der Zukunft“ von 2015 betonte die Partei, dass „die Europäische Union das wichtigste internationale Forum für die Verwirklichung unserer Interessen ist“⁵.

Andererseits betrachtete die Polnische Volkspartei die Europäische Union im Kontext der „Gewährleistung einer dauerhaften und nachhaltigen Entwicklung Europas, einschließlich Vollbeschäftigung, Schaffung eines Raums der Sicherheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, des Wohlstands und der Achtung des Menschen und Bürgerrechte“⁶. Wie die Partei in der Ideologischen Erklärung von 2007 betonte, stimmen die Interessen Polens mit „den Grundprinzipien der Wirtschafts- und Sozialpolitik überein, die in den EU-Ländern im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft umgesetzt werden“⁷. Die PSL brachte ihre Hoffnung auf die wirtschaftlichen Vorteile der europäischen Integration zum Ausdruck und forderte die volle Nutzung der Präsenz Polens in der EU. Aufgrund dieser Haltung wird die Partei mitunter als euro-pragmatische Gruppierung eingestuft, die eine Präsenz in den Strukturen eines vereinten Europas akzeptiert, sofern die Mitgliedschaft ihren Wählern spürbare Vorteile bringt.

Welches Modell der europäischen Integration vertreten CDU, CSU, PO und PSL?

In ihrem 2007 veröffentlichten Grundsatzprogramm betonte die Christlich Demokratische Union, dass Europa in erster Linie ein „Europa der Nationen und Regionen“ sei und daher deren Vielfalt und Eigenständigkeit gewahrt werden müsse. Darüber hinaus argumentierte sie, dass nicht nur Nationalstaaten, sondern auch die Identität ihrer Nationen prägende Elemente des „Europas der Einheit in Vielfalt“

sen im September 2007 (2007), https://www.hss.de/fileadmin/user_upload/HSS/Dokumente/ACSP/Grundsatzprogramme/Grundsatzprogramm_2007.pdf, S. 151 [Zugriff: 2.5.2022].

⁴ „Państwo dla obywateli”. *Plan rządu 2005–2009* (2005), Hrsg. M. Jankowski, S. Kawalec, B. Piotrowski, J. Rokita, J. Wasicka, P. Wojciechowski, Warszawa, S. 259.

⁵ „Polska przyszłości”. *Program Platformy Obywatelskiej RP* (2015), S. 65.

⁶ „Polska lepszych szans”. *Deklaracja ideowa Polskiego Stronnictwa Ludowego* (2007), Warszawa, S. 3.

⁷ *Ibidem*, S. 3.

seien⁸. Ähnlich äußerte sich die CSU⁹. Vor der Bundestagswahl 2013 betonten beide deutschen Parteien einstimmig, dass Nationalstaaten und Regionen prägende Bestandteile der „Europa der Einheit in Vielfalt“ sind¹⁰. Gleichzeitig prognostizierte die CDU, dass sich der Nationalstaat zwar ändern, aber weiterbestehen werde¹¹.

Ähnlich äußerte sich die Bürgerplattform. In mehreren Dokumenten betonte die Partei, dass „das Ziel der europäischen Integration nicht die Vereinigung von Werten, Traditionen und Bräuchen ist, sondern die Einheit in der Vielfalt“, und fügte hinzu, dass die Europäische Union die Vielfalt ihrer Kulturen und Nationen schützen sollte¹². Die Polnische Volkspartei legte noch stärker Wert auf die Achtung dieser Vielfalt, einschließlich der Stärkung der polnischen Kultur und nationalen Tradition sowie des Festhaltens an traditionellen Werten¹³.

In mehreren Programmdokumenten, darunter der Beschluss „Die Europäische Einigung und der Euro“ aus dem Jahr 2011, betonte die CSU, dass die durch den Vertrag von Maastricht begründete Europäische Union ein „Staatenverbund“ ist, der den Bestand und die Souveränität Deutschlands und Bayern verteidigt, und kein allumfassender europäischer „Bundesstaat“, der über seine eigenen Kompetenzen entscheiden kann. Die CSU lehnte in diesem Zusammenhang das Konzept der Vereinigten Staaten von Europa¹⁴ ab¹⁵.

⁸ „Freiheit und Sicherheit“ (2007), S. 97, 99–100.

⁹ „Für ein starkes Bayern in Europa“. *Wahlprogramm zur Europawahl 2004* (2004), https://www.hss.de/fileadmin/user_upload/HSS/Dokumente/ACSP/Europawahlen/CSU-Programm_EPW_2004_01.pdf, S. 5–6 [Zugriff: 2.5.2022]. Gleichzeitig forderte die Partei die Wahrung der Vielfalt nationaler Identitäten und regionaler Besonderheiten, die ihre Identität ausmachen und aus denen Europa Kraft und Kreativität schöpfe. *Manifest der Christlich-Sozialen Union zur Wahl des Europäischen Parlaments am 12. Juni 1994* (1994), https://www.hss.de/fileadmin/user_upload/HSS/Dokumente/ACSP/Europawahlen/CSU-Programm_EPW_1994.pdf, S. 2–3 [Zugriff: 2.5.2022]; „20 Leitsätze zur Europapolitik“ *beschlossen vom Landesvorstand am 12. April 1999* (1999), https://www.hss.de/fileadmin/user_upload/HSS/Dokumente/ACSP/Europawahlen/CSU-Programm_EPW_1999_01.pdf, S. 2 [Zugriff: 2.5.2022].

¹⁰ „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland“. *Regierungsprogramm 2013–2017* (2013), http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/2013-2017_regierungsprogramm.pdf, S. 10 [Zugriff: 5.5.2022].

¹¹ „Freiheit und Sicherheit“ (2007), S. 97, 99–100. Identische Einträge waren im „Europa Manifest“ von 2004. „*Europa-Manifest der CDU*“ (2004), S. 3, 5.

¹² „Państwo dla obywateli“ (2005), S. 260; „*By żyło się lepiej. Wszystkim*“. *Program wyborczy Platformy Obywatelskiej* (2007), Warszawa, S. 75.

¹³ *Program Społeczno-Gospodarczy Polskiego Stronnictwa Ludowego* (2004), Warszawa, S. 31.

¹⁴ Das Konzept der Vereinigten Staaten von Europa wurde während der Rede von Winston Churchill in Zürich im Oktober 1946 skizziert. Der Premierminister von Großbritannien schlug vor, dass Westdeutschland und Frankreich die treibenden Kräfte der Integrationsprozesse werden sollten. Gleichzeitig sollten die Mitgliedstaaten Entscheidungsbefugnisse an supranationale Gremien delegieren. E. Lesiewicz, *Zróżnicowanie procesów integracji europejskiej. Wybrane problemy*, Wydawnictwo Naukowe UAM, Poznań 2015, S. 61.

¹⁵ „Die Europäische Einigung und der Euro“, *Beschluss des Parteitags der Christlich-Sozialen Union am 7./8. Oktober 2011 in Nürnberg* (2011), https://www.csu.de/common/_migrated/csucon

Die CDU lehnte wie ihre Schwesterpartei das Konzept der Vereinigten Staaten von Europa ab und erkannte die Europäische Union als „Staatenverbund“ an, entschied sich aber angesichts der wachsenden Finanzprobleme der Euro-Staaten für deren Vertiefung. Die Christlich-Demokratische Union argumentierte: „Wenn wir Kompetenzen an die Europäische Union abgeben, gewinnen wir an Einfluss, indem wir ihr Gewicht erhöhen. Deshalb sehen wir die Übertragung von Kompetenzen auf die europäische Ebene unter Anwendung des Subsidiaritätsprinzips als einen modernen Weg, unsere Interessen zu wahren“¹⁶.

Im Jahr 2005 erkannte die Bürgerplattform die Europäische Union als „eine Gemeinschaft, mehr als eine internationale Organisation oder eine Vereinbarung von Staaten“ an¹⁷. Gleichzeitig kündigte die Bürgerplattform im außenpolitischen Programm 2019 an, „sie versuche nicht, abstrakte föderalistische Ideale durchzusetzen“¹⁸.

Im Fall der Bürgerplattform ist zu bedenken, dass der Prozess der Einstellungsänderung in der Partei recht dynamisch war. Die Position, das föderale Modell der Europäischen Union zu unterstützen, ist in der PO relativ neu – in den ersten Jahren nach dem Beitritt zu den EU-Strukturen ähnelte die offizielle Position der Plattform eher den Ansichten der Menschen, die ihren konservativen Flügel bilden, d.h. nicht Unterstützung des föderalen Modells der Union, sondern zugunsten einer starken und effektiven nationalen Interessenvertretung in der europäischen Arena. Daher in den Parteidokumenten von 2005 und 2007 wird die Frage, Polen einen seiner Größe und Position angemessenen Platz in der Organisation zu sichern, ein tiefes Verständnis der polnischen nationalen Interessen in der modernen Welt und der polnischen Staatsräson, sowie die Vertiefung der nationalen Identität hervorgehoben¹⁹.

Die Polnische Volkspartei, die eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen lose verbundenen Nationalstaaten befürwortete, war gegen die Föderalisierung der Europäischen Union. Die Partei betonte, dass „sie sowohl jetzt als auch in Zukunft die Legitimität und Zweckmäßigkeit der Integration Polens mit anderen europäischen Ländern in der Europäischen Union – dem Europa der Heimatländer – anerkennt“²⁰. In einer EntschlieÙung, die 2008 auf dem PSL-Kongress angenommen wurde, betonte

tent/111011_leitantrag_europa_04.pdf, S. 1–3, 5 [Zugriff: 2.5.2022]; „Für ein starkes Bayern in Europa“ (2004), S. 8.

¹⁶ Beschluss „Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland“, 24. Parteitag der CDU Deutschlands, 13.–15.11.2011 (2011), Leipzig, <http://www.leipzig2011.cdu.de/images/stories/docs/1111114-beschluss-europa.pdf>, S. 4, 17 [Zugriff: 5.2.2022].

¹⁷ „Państwo dla obywateli“ (2005), S. 259.

¹⁸ „Silna Polska. Odnowiony Zachód“. Program polityki zagranicznej Platformy Obywatelskiej (2019), Warszawa, <https://platforma.org/upload/document/76/attachments/96/Polityka%20zagraniczna%20WWW.pdf>, S. 15 [Zugriff: 2.12.2022].

¹⁹ „Państwo dla obywateli“ (2005), S. 259; „By żyło się lepiej. Wszystkim“ (2007), S. 9–10. PSL befürwortet auch die Schaffung einer starken Zivilgesellschaft in Polen. „Razem tworzymy lepszą przyszłość“. Narodowe priorytety PSL na lata 2007–2011 (2007), Warszawa 2007.

²⁰ Polskie priorytety europejskiej polityki PSL (2014), Zamość, S. 5.

die Partei, dass „die Europäische Union zum jetzigen Zeitpunkt dieses klassische Dilemma überwunden hat, ob sie das Europa der Heimatländer oder ein supranationaler Superstaat sein soll. Das in jahrelanger Erfahrung entwickelte Integrationsmodell ist ein Funktionsmodell, das die Merkmale beider Ansätze beinhaltet“²¹. Die Partei sprach sich für „mutigere Integrationsinitiativen“ als Teil der „gemeinsamen EU-Politik“ aus²². Gleichzeitig entschied sich die PSL in mehreren Dokumenten dafür, die Souveränität, Eigenschaften und Befugnisse der Staaten, einschließlich Polens, zu bewahren, die Identität der europäischen Nationen und Staaten zu wahren und die Position der Nationalstaaten zu stärken²³. Die Partei wollte die Möglichkeit gewährleisten, den Eigenbedarf der Mitgliedsstaaten zu decken. Gleichzeitig achteten sowohl die PSL als auch die PO auf das Subsidiaritätsprinzip²⁴.

In der Erkenntnis, dass die Europäische Union als Einheit erhalten werden muss, schloss die CDU eine Entwicklung der europäischen Integration nach dem Grundsatz der verstärkten Zusammenarbeit nicht aus²⁵. Die CSU betonte, dass sich diese Zusammenarbeit nicht auf bereits im Gemeinschaftsrecht geregelte Bereiche erstrecken dürfe, sondern auf die verbleibenden Bereiche beschränkt werden solle. Andernfalls droht Europa eine neue Teilung in „Mitglieder 1. und 2. Klasse“. Die CSU lehnte daher das Konzept eines „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ als Schwächung der EU ab und plädierte für ein „Europa der vielen Geschwindigkeiten“, dass allen Mitgliedern offen stehe²⁶. Angela Merkel, die dieser Ansicht nicht ganz zustimmte, argumentierte, dass die europäische Integration ein fortlaufender Prozess sein müsse, der nicht von einzelnen Staaten aufgehalten werden dürfe. Kanzlerin fügte hinzu, dass sie nicht gegen ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ sei, da es eine Tatsache sei, inkl.

²¹ *Polskie Stronnictwo Ludowe wobec problemów i wyzwań dla Polski* (2008). In: *Dokumenty X Kongresu Polskiego Stronnictwa Ludowego*, Warszawa, S. 28.

²² *Ibidem*, S. 29.

²³ *Program Społeczno-Gospodarczy Polskiego...* (2004), S. 31; „*Razem tworzymy lepszą przyszłość*“ (2007); *Polskie priorytety europejskiej polityki PSL* (2014), S. 5.

²⁴ *Polskie priorytety europejskiej polityki PSL* (2014), S. 5. Grundlage des Europas der Heimatländer seien laut Partei christliche Werte und Prinzipien der europäischen Kultur. „*Narodowe priorytety europejskiej polityki PSL. Sukces Europy, sukces dla Polski*“. *Deklaracja Wyborcza Polskiego Stronnictwa Ludowego* (2009), Warszawa, S. 15.

²⁵ *Beschluss „Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland“* (2011), S. 22–23.

²⁶ „*Für ein starkes Bayern in Europa*“ (2004), S. 9; „*Der Bayernplan. Klar für unser Land*“. *Programm der CSU zur Bundestagswahl, Beschluss des CSU-Parteivorstands am 17. Juli 2017 in München* (2017), https://www.hss.de/fileadmin/user_upload/HSS/Dokumente/ACSP/Bundestagswahlen/BTW_2017-Der_Bayernplan.pdf, S. 27–28 [Zugriff: 2.5.2022]. Im Jahr 1994 entschied sich die CSU für „konzentrische Kreise“ mit unterschiedlich starker Bindung zwischen den europäischen Staaten und der Europäischen Union. Die verschiedenen Kreise werden laut Partei „Mitglieder der Stabilitätsgemeinschaft“ [der Wirtschafts- und Währungsunion]; andere EU-Mitglieder; EFTA-Länder, die der politischen Union nicht beitreten wollten; assoziierte Länder Mittel- und Osteuropas“. *Manifest der Christlich-Sozialen Union zur Wahl des Europäischen Parlaments...* (1994), S. 14.

aufgrund der engeren wirtschaftlichen und fiskalischen Zusammenarbeit der Länder des Euro-Währungsgebiets²⁷. Gleichzeitig ist hervorzuheben, dass beide deutschen Parteien 2011 damit begonnen haben, sich von der supranationalen Zusammenarbeit zugunsten der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zu verabschieden.

Im Programm mit dem Titel „Polen der Zukunft“ von 2015, Bürgerplattform wider setzte sich der „anachronistischen Teilung in „altes“ und „neues“ Europa, interner Schichtung und variablen Kreisen der Integration“²⁸. Obwohl Jan Maria Rokita im Vorwort zum „Regierungsplan 2005–2009“ betonte, dass einer der ständigen Grundsätze der polnischen Europapolitik die „Unterstützung der gemeinschaftlichen (und nicht zwischenstaatlichen) Methode zur Lösung der Probleme der Union ist“²⁹, gab die Partei im Jahr 2011 pragmatisch zu, dass „in der Europäischen Union wichtige Entscheidungen von den Mitgliedstaaten getroffen werden“. Gleichzeitig fügte die Plattform hinzu, dass sie alle EU-Entscheidungsgremien ernst behandle, denn „effektiv ist nur, wer alle verfügbaren Instrumente nutzt, um seine Argumente zu vertreten“³⁰.

Die Polnische Volkspartei in einer Programmklärung der Polnischen Volkspartei aus dem Jahr 2007 betonte, dass zur Verbesserung der Position Polens in der Europäischen Union Gemeinschaftsinstitutionen wie das Europäische Parlament und die Europäische Kommission gestärkt werden sollten. Die Partei sprach sich für eine vertiefte Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Gemeinsame Agrarpolitik, Ökologie und Kohäsionspolitik aus³¹.

Wie haben polnische und deutsche Parteien, die der EVP angehören, die Erweiterung der Europäischen Union wahrgenommen?

Osteuropa

Im Grundsatzprogramm 2007 wurde die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Ländern als Schwerpunkt der CDU-Außenpolitik identifiziert³². Gleichzeitig schlug die Partei vor, dass es möglich sei, verschiedene Beziehungen zu Ländern aufzubauen, die den Beitrittsprozess noch nicht abgeschlossen hatten, und anderen, das Interesse an einer Annäherung an die Organisation bekundeten, aber

²⁷ Merkel: *Wir brauchen mehr Europa, Interview mit Angela Merkel, 07. Juni 2012*, <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/merkel-wir-brauchen-mehr-europa-642496> [Zugriff: 1.7.2018]; *Angela Merkel über die Europäische Union*, „Süddeutsche Zeitung“, 26.1.2012; *Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel*. In: *Plenarprotokoll 16/157, Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 157. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 24. April 2008*, S. 16453D–16454A.

²⁸ „*Polska przyszłości*“ (2015), S. 66.

²⁹ „*Państwo dla obywateli*“ (2005), S. 8, 259.

³⁰ „*Następny krok. Razem*“. *Program wyborczy PO 2011* (2011), S. 90.

³¹ „*Stawiamy na normalność – Polska lepszych szans*“. *Deklaracja programowa Polskiego Stronnictwa Ludowego* (2007), Warszawa, S. 3–4.

³² „*Freiheit und Sicherheit*“ (2007).

die Kriterien von Kopenhagen nicht erfüllten. Die CDU schlug vor, sie durch verschiedene Kooperationsplattformen und Vereinbarungen mit der Europäischen Union zu verbinden, die den Aufbau einer demokratischen Regierung und ihrer Institutionen, die Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte, die Schaffung einer effizienten Marktwirtschaft und die Entwicklung einer stabilen und offenen Zivilgesellschaft unterstützen. Im Einklang mit dieser Politik konnte die Zusammenarbeit eines bestimmten Landes mit der EU zu einer Vollmitgliedschaft in der Organisation führen, musste es aber nicht³³. So plädierte beispielsweise die CDU für die Schaffung einer „Ostmitteleuropäischen Dimension“³⁴. Diese Plattform für eine engere Zusammenarbeit sollte u.a. Weißrussland, Moldawien und die Ukraine umfassen³⁵. Ähnlich äußerte sich auch die CSU, die der Ansicht war, dass der weitere Ausbau der Organisation wesentlich von ihrer Vertiefung bestimmt werde³⁶.

Die Bürgerplattform war offen für den Beitritt osteuropäischer Staaten zur Europäischen Union. Im Jahr 2005 betonte die PO, dass es eine ihrer wichtigsten Prioritäten sei, den östlichen Nachbarn die Verfolgung ihrer europäischen Bestrebungen zu erleichtern³⁷. In diesem Sinne trug die PO-PSL-Regierung 2008, mit Unterstützung der schwedischen Diplomatie, zur Initiierung des Programms Östliche Partnerschaft – Osteuropa und Transkaukasien: Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Moldawien und Ukraine bei. Im Einklang mit dem Wahlprogramm der PO von 2011 betonte die Partei, dass „die unbestreitbare Daseinsberechtigung Polens [...] die Annäherung und die schrittweise und allmähliche Integration der Nachbarstaaten (Osteuropa und Länder des Südkaukasus) mit der Europäischen Union ist“³⁸. Im Programm der Bürgerplattform von 2015 „Polen der Zukunft“ definierte die Partei als strategisches Ziel die fortschreitende Integration der Staaten, insbesondere der Ukraine, Moldawiens und Georgiens, in die EU. Im selben Dokument erklärte die Bürgerplattform, sie akzeptiere „Russlands Handlungen, die auf die militärische, politische und wirtschaftliche Destabilisierung der Länder der Östlichen Partnerschaft abzielen, nicht. [...] Wir wollen eine freie, Gesetzestreue und demokratische Ukraine, die ihre Grenzen kontrolliert, sich erfolgreich modernisiert und ihren Bürgern wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand bietet“³⁹. Ähnlich äußerte sich die PO im Programm von 2007. Außerdem versicherte die Partei, dass sie bei ihrer Annäherung an die EU der Verbündete der

³³ *Ibidem*, S. 101.

³⁴ „Leitsätze für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik“. *Beschlüsse des 14. Parteitages der CDU Deutschlands* (2001), https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/beschl-auen.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=444, S. 6–7 [Zugriff: 5.5.2022].

³⁵ *Ibidem*, S. 6–7, 9.

³⁶ „Für ein starkes Bayern in Europa“ (2004), S. 6–7.

³⁷ „Państwo dla obywateli“ (2005), S. 259–260.

³⁸ „Następny krok. Razem“ (2011), S. 98.

³⁹ „Polska przyszłości“ (2015), S. 68–69.

Ukraine bleiben werde, „auch wenn dieser Prozess länger dauern würde, als wir ursprünglich dachten“⁴⁰.

Zurückhaltender zeigte sich die PSL in der Frage der Osterweiterung der Europäischen Union. In dem Dokument von 2008 „Polnische Volkspartei angesichts der Probleme und Herausforderungen für Polen“ schlug die Partei vor, dass die Position Polens zur EU-Erweiterung „nicht nur geopolitische Aspekte berücksichtigen darf, wie im Fall der Ukraine, sondern auch historische, zivilisationskulturelle und wirtschaftliche Aspekte berücksichtigen muss“⁴¹. Im Programm 2019 betonte PSL, dass die Stärkung der Souveränität von Belarus und der Ukraine ein strategisches Interesse Polens ist. Gleichzeitig fügte die Partei hinzu, dass „es auch unmöglich ist, den Dialog mit Russland aufzugeben“⁴². Ähnlich äußerte sich die Polnische Volkspartei in der Wahlerklärung 2015. Die Partei kam zu dem Schluss, dass „Polen es sich nicht leisten kann, eine Politik zu betreiben, die auf Abneigung gegen seine Nachbarn basiert, die wichtige ausländische Partner sind. Zu allen unseren Nachbarn, einschließlich Russland, sollten gute Beziehungen aufgebaut werden. Wir sind sehr daran interessiert, den Frieden in der Ukraine wiederherzustellen und gute Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine aufzubauen. Wir wollen Demokratie und Freiheit für die Ukraine“⁴³.

Balkan

Obwohl beide deutschen Parteien nach der Erweiterung der Europäischen Union im Jahr 2004 der Überzeugung Ausdruck verliehen, dass der weitere Prozess der Erweiterung der Organisation wesentlich von deren Vertiefung bestimmt werde, behandelten sie aufgrund des Standes der Beitrittsverhandlungen Bulgariens, Rumäniens und Kroatiens als Ausnahmen von dieser Regel⁴⁴. Gleichzeitig betonten die Parteien, dass der Bezugspunkt für den weiteren Beitritt von Staaten aus dem Balkanraum die unbedingte Erfüllung der Kopenhagener Kriterien sein muss⁴⁵.

⁴⁰ „By żyło się lepiej. Wszystkim“ (2007), S. 79.

⁴¹ *Polskie Stronnictwo Ludowe wobec problemów i wyzwań dla Polski* (2008), S. 28.

⁴² *PSL Koalicja Polska. Program* (2019), <https://www.psl.pl/wp-content/uploads/2022/08/program.pdf>, S. 31 [Zugriff: 15.6.2022].

⁴³ „Blisko ludzkich spraw”. *Deklaracja wyborcza PSL. Wybory parlamentarne 2015* (2015), S. 31.

⁴⁴ „Deutschlands Verantwortung und Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen“. *Beschluss des 20. Parteitages der CDU Deutschlands* (2006), https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/061127_Beschluss_A_end.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=408, S. 4–5 [Zugriff: 5.5.2022]; „Freiheit und Sicherheit“ (2007), S. 101; *Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Europäischen Rat in Brüssel am 14./15. Dezember und zur bevorstehenden deutschen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union und in der G8 vor dem Deutschen Bundestag am 14. Dezember 2006 in Berlin, 14. Dezember 2006* (2006), „Bulletin“, Nr. 128-1.

⁴⁵ „Die Europäische Einigung und der Euro“ (2011), S. 3; „Gemeinsam erfolgreich in Europa“. *Europapolitischer Beschluss des 26. Parteitags der CDU Deutschlands, 26. Parteitag der CDU Deutschlands, 5. April 2014, Messe Berlin* (2014), <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/140405-beschluss-gemeinsam-erfolgreich-in-europa.pdf>, S. 78–80 [Zugriff: 5.5.2022].

In der 2012 verabschiedeten „Zukunft Europa: handlungsfähig in der Krise, schlank im Innern, stark nach außen“ betonte die CSU, dass das Hauptkriterium für die Aufnahme neuer Mitglieder in die Organisation die Aufnahmefähigkeit der EU sein muss. Darüber hinaus vertrat sie die Auffassung, dass neue Formen und Instrumente des EU-Beitritts entwickelt werden sollten, die den Kandidatenländern eine Alternative zwischen Vollmitgliedschaft und Nachbarschaftspolitik bieten⁴⁶. Eine solche Alternative könnte das von der CDU vorgeschlagene Modell des Europäischen Wirtschaftsraums+ (EWR+) sein. Sie ging davon aus, eine europäische Perspektive für kooperationswillige Nicht-EU-Staaten wie Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Kroatien, Kosovo, Serbien und Mazedonien⁴⁷ beizubehalten, ohne die Organisation zu überlasten. Das Konzept betonte die Umsetzung von Reformen und eine größere Konvergenz zwischen der Organisation und den betroffenen Ländern (Übernahme von etwa 70% des gemeinschaftlichen Besitzstands, einschließlich der vier Grundfreiheiten). Es berücksichtigte auch die Tatsache, dass Länder, die mit dieser Art der Zusammenarbeit in Verbindung stehen, nicht in die Union aufgenommen würden, weshalb man sie so eng wie möglich mit den Strukturen der Union verbinden wollte⁴⁸. Darüber hinaus verwies die Partei auf das Konzept der Abgestuften Integration, die in einem schrittweisen Zugang zur Mitgliedschaft bestand⁴⁹. Diese Ansichten wurden im christdemokratischen Regierungsprogramm 2017 wiederholt⁵⁰.

⁴⁶ „Zukunft Europa: handlungsfähig in der Krise, schlank im Innern, stark nach außen“, 77. Parteitag der Christlich-Sozialen Union, 19./20. Oktober 2012 (2012), https://www.csu.de/common/_migrated/csucontent/121020_beschluss-zukunft-europa_02.pdf, S. 7–8 [Zugriff: 2.5.2022].

⁴⁷ Das Modell war auch Weißrussland und der Ukraine gewidmet.

⁴⁸ E. Brok, *Eine neue Erweiterungsstrategie für die EU. Perspektiven nach dem Verhandlungsbeginn mit der Türkei*, „Politische Meinung“, Nr. 433, Dezember 2005, S. 17–18; C. Atilgan, D. Klein, *EU-Integrationsmodelle unterhalb der Mitgliedschaft*, „Arbeitspapier“ 2006, Nr. 158, S. 7–8.

⁴⁹ „Leitsätze für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik“ (2001), S. 5–6. Dieses Modell stammt von dem Frankfurter Politikwissenschaftler Cemal Karakas. Ein bestimmtes Land sollte sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch in die EU integrieren (auf einem fortgeschrittenen Integrationsniveau könnten Nicht-EU-Länder während der Sitzungen des Rates der Europäischen Union abstimmen, hätten aber kein Vetorecht). Es wurde davon ausgegangen, dass Verhandlungen zuerst in nicht vollständig vergemeinschafteten Gebieten geführt werden sollten, dann in solchen, die durch fortgeschrittene Integration gekennzeichnet sind. Daher war der erste Schritt die Einbeziehung von Nicht-EU-Staaten in die GASP, gefolgt von der Beteiligung im Bereich Justiz und Inneres, in der Wirtschafts- und Währungsunion, im Schengen-Raum und – schließlich – im Binnenmarkt. was bedeuten würde, eine Vollmitgliedschaft zu erreichen. C. Karakas, *Für eine Abgestufte Integration. Zur Debatte um den EU-Beitritt der Türkei*, HSFK-Standpunkte, 2005, Nr. 4, S. 1–16; M. Wissmann, *Das Modell der gestuften Mitgliedschaft. Neue Strategien für künftige Erweiterung Schritte der EU*, „Internationale Politik“ 2006, Mai, S. 66–68; C. Atilgan, D. Klein, *op. cit.*, S. 9–11; A. Szymański, *Niemcy wobec rozszerzenia Unii Europejskiej o Turcję*, „PISM Research Papers“ 2007, Nr. 4, S. 20.

⁵⁰ „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“. *Regierungsprogramm 2017–2021* (2017), <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1>, S. 58 [Zugriff: 5.5.2022].

Die Bürgerplattform war ein Befürworter des Beitritts der Balkanstaaten zur Europäischen Union. Im Programm von 2011 betonte die Partei, sie sei „der Sprecher für die Erweiterung der Union [...] um die Länder der Balkanhalbinsel [...], die alle notwendigen Beitrittsvoraussetzungen erfüllen würden“⁵¹. Die Polnische Volkspartei äußerte sich dazu jedoch nicht in Parteidokumenten.

Türkei

Die deutschen Christdemokraten haben wiederholt angedeutet, dass eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU aus mehreren wichtigen Gründen nicht möglich ist. Unter anderem erwähnte die CDU die Frage der Aufnahmefähigkeit der EU und verknüpfte sie mit der Reform der EU-Institutionen, einschließlich der Verbesserung der Entscheidungsfindung. Nach Ansicht der Partei könnte die Türkei aufgrund ihrer Größe und Bevölkerungszahl das Gleichgewicht in den EU-Institutionen stören und einen großen Einfluss auf die Entscheidungsfindung haben⁵². Die CSU fügte hinzu, der türkische Staat befinde sich auf einem anderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsstand als die EU-Mitgliedstaaten⁵³. Die CDU verwies auch auf die Grenzen der EU-Erweiterung im geografischen und kulturellen Kontext. Nach Angaben der Christlich Demokratischen Union können nur europäische Länder der Organisation beitreten, und dies schloss ein Land aus, das auf zwei Kontinenten liegt – dem europäischen und dem asiatischen. Die Partei argumentierte auch, dass der Beitritt eines muslimischen Staates die Einheit und Identität der Organisation bedrohe und Fortschritte bei der europäischen Integration auf der Grundlage christlicher Wurzeln untergrabe⁵⁴. Diese Frage wurde auch von der CSU angesprochen⁵⁵. Ein wichtiger Punkt in der Argumentation der CDU gegen die Aufnahme der Türkei war auch die Nichterfüllung der Kopenhagener Kriterien, auf die auch die CSU hinwies⁵⁶. Darüber hinaus wurde der Türkei vorgeworfen, gegenüber den

⁵¹ „Następny krok. Razem“ (2011), S. 98.

⁵² „Deutschlands Verantwortung und Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen“ (2006), S. 4–5; „Europa-Manifest der CDU“ (2004), S. 10; „Freiheit und Sicherheit“ (2007), S. 101.

⁵³ „Die Europäische Einigung und der Euro“ (2011), S. 3; „Für ein starkes Bayern in Europa“ (2004), S. 8; „Chancen für alle! In Freiheit...“ (2007), S. 154; „Der Bayernplan. Klar für unser Land“ (2017), S. 29.

⁵⁴ *Beschluss C5, Weitere Beschlüsse des 23. Parteitages der CDU, Karlsruhe 2010* (2010), https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/101116-c-beschluesse_0.pdf?file=1&type=field_collection_item&cid=373, S. 5–6 [Zugriff: 5.5.2022]; „Deutschlands Verantwortung und Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen“ (2006), S. 4–5; „Freiheit und Sicherheit“ (2007), S. 101.

⁵⁵ „Die Europäische Einigung und der Euro“ (2011), S. 3; „Für ein bürgerliches Europa“. *Beschluss des CSU-Parteivorstands vom 30. Januar 2017 in München* (2017), <http://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/politik/beschluesse/Papiere/2017-01-30-Europapapier.pdf>, S. 2 [Zugriff: 2.5.2022].

⁵⁶ *Beschluss C5* (2010), S. 5–6; „Die Europäische Einigung und der Euro“ (2011), S. 3; „Für ein bürgerliches Europa“ (2017), S. 2.

EU-Mitgliedstaaten – der Hellenischen Republik und der Republik Zypern – eine unzureichende Außenpolitik zu betreiben. Das letzte Argument der CDU war das Auftauchen neuer Bedrohungen und die Schwächung der Sicherheit der Organisation durch den Beitritt eines Landes, das in einer der konfliktreichsten Regionen der Welt liegt⁵⁷.

In der Erkenntnis, dass es im vitalen Interesse der EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschlands, liegt, gute Beziehungen zu diesem Land zu pflegen und es näher an Europa heranzuführen, förderten die Christdemokraten das Modell der „privilegierten Partnerschaft“⁵⁸. Diese Partnerschaft reichte laut CDU weit über die Zollunion EU-Türkei hinaus und ermögliche die Schaffung eines aller Warengruppen umfassenden Wirtschaftsraums. Die Türkei könnte sich auch stärker in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik einbringen, einschließlich im Kampf gegen Terrorismus, Extremismus und organisierte Kriminalität. Darüber hinaus wurde vorgeschlagen, die Zusammenarbeit zu vertiefen, insbesondere zur Stärkung der Zivilgesellschaft, des Umweltschutzes, der Forschungs- und Innovationskapazität, der Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, des Gesundheitswesens und der Bildung⁵⁹.

Die Verschärfung der Finanzkrise der Euro-Mitgliedstaaten hat die Haltung der bayerischen Christdemokraten zur Erweiterung der Europäischen Union geschärft. Im verabschiedeten Programm der CSU für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 erklärte die Partei nachdrücklich, dass die Europäische Union mindestens bis 2019 keine neuen Mitgliedsstaaten aufnehmen solle. Es wurde argumentiert, dass die Organisation „nicht unbegrenzt verlängert werden kann“, umso mehr, dass „es an der Grenze seiner Aufnahmefähigkeit ist“. Daher gab es Unterstützung für die Beendigung der Verhandlungen mit der Türkei⁶⁰. Auch die Zusammenarbeit der Türkei

⁵⁷ *Beschluss C5* (2010), S. 5–6.

⁵⁸ Die CDU räumte ein, dass dieses Land ein wichtiger Partner in der Nato sei, deren politische und geostrategische Bedeutung nach dem Ende des Kalten Krieges noch weiter zugenommen habe. Nach Angaben der Partei spielte dieses Land auch die Rolle einer Brücke zwischen der Welt des Christentums und des Islam und eines regionalen Führers, der zur Stabilisierung der gesamten Region beiträgt, einschließlich des Aufbaus demokratischer und pluralistischer Systeme in zentralasiatischen Staaten. Auch die CDU äußerte die Hoffnung, dass die Türkei ihre Chance nutzen werde, einen konstruktiven Beitrag zum Aufbau dauerhafter Friedensstrukturen im Nahen Osten zu leisten. *Beschluss Nr. H18, „Neue Chancen der Partnerschaft mit der Türkei“* (1992). In: *Protokoll, 3. Parteitag der CDU Deutschlands, Düsseldorf, 26.–28. Oktober 1992*, Bonn, S. 428–430. Die CSU verwies auf die geostrategische Lage und Größe des türkischen Staates sowie darauf, dass er ein strategischer Verbündeter in der Nato und einer der wichtigsten Handelspartner Deutschlands sei. *„Die Europäische Einigung und der Euro“* (2011), S. 3; *„Für ein starkes Bayern in Europa“* (2004), S. 8; *„Chancen für alle! In Freiheit...“* (2007), S. 154; *„Der Bayernplan. Klar für unser Land“* (2017), S. 29.

⁵⁹ *„Europa-Manifest der CDU“* (2004), S. 8, 10; *„Deutschlands Verantwortung und Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen“* (2006), S. 4–5.

⁶⁰ *Europaplan Bayern, 2014–2019* (2014), https://www.hss.de/fileadmin/user_upload/HSS/

bei der Eindämmung des Flüchtlingsstroms aus Syrien auf das Gebiet der EU änderte nichts an der Meinung der deutschen Christdemokraten, dieses Land in die Organisation aufzunehmen⁶¹.

Die Bürgerplattform befürwortete die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union. Im Dokument mit dem Titel „Ein Staat für Bürger“ von 2005, fügte die Partei hinzu, „sollte jedoch von der strikten Einhaltung aller Bedingungen abhängig gemacht werden, die vor [der Türkei] umrissen wurden. Gleichzeitig glauben wir, dass die Mitgliedschaft der Türkei mit einer klaren Definition der Absichten der EU in Bezug auf die Mitgliedschaft anderer Länder einhergehen sollte“⁶².

In dem Dokument „PSL angesichts der Probleme und Herausforderungen für Polen“ betonte die Polnische Volkspartei recht hintergründig, dass die polnische Position zur Erweiterung der Union „nicht nur geopolitische Aspekte, sondern auch historische berücksichtigen muss und zivilisatorisch-kulturelle sowie wirtschaftliche Aspekte, was den Kern des Sonderfalls Türkei ausmacht“⁶³.

Zusammenfassung

Gemeinsames Element des Konzepts der europäischen Integration, dass sich in den Parteidokumenten von CDU, CSU, PO und PSL wiederfindet, ist die Wahrnehmung der Europäischen Union als einer Organisation, die langfristig Frieden, Sicherheit, Freiheit und Wohlstand gewährleistet. Aufgrund von z.B. der spätere Beitritt des Staates zur EU, die Bürgerplattform und die Polnische Volkspartei verbinden Polens Anbindung an die EU-Strukturen auch mit der Modernisierung des Staates, der Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Achtung der Bürger- und Menschenrechte. Gleichzeitig wird die PSL aufgrund der in Parteidokumenten zum Ausdruck gebrachten pragmatischen Einstellung zur Mitgliedschaft und des erheblichen Interesses an ihrer sozialen und wirtschaftlichen Dimension manchmal in die Gruppe der europragmatischen Gruppierungen aufgenommen.

In Anlehnung an das Leitbild der europäischen Integration verweisen CDU, CSU und PO auf das Prinzip der „Einheit in Vielfalt“, das die Achtung ethnischer,

Dokumente/ACSP/Europawahlen/EU2014_Broschuere_Europaplan_Bayern_ES.pdf, S. 5 [Zugriff: 2.5.2022]; „Für ein bürgerliches Europa“ (2017), S. 2; „Der Bayernplan. Klar für unser Land“ (2017), S. 29; „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“ (2017), S. 58.

⁶¹ N.J. Kurmayer, S. Michalopoulos, *Bez współpracy z Turcją, Unia Europejska nie rozwiąże problemu migracji*, Euractiv, 22.06.2021, <https://www.euractiv.pl/section/polityka-wewnetrzna-ue/news/unia-europejska-turcja-niemcy-merkel-draghi-erdogan-syria-imigracja-balkany/> [Zugriff: 06.06.2022]; *Merkel praises Turkey over refugees but does not see it joining EU*, Reuters, 22.07.2021, <https://www.reuters.com/world/middle-east/merkel-praises-turkey-over-refugees-does-not-see-it-joining-eu-2021-07-22/> [Zugriff: 6.6.2022].

⁶² „Państwo dla obywateli“ (2005), S. 260.

⁶³ *Polskie Stronnictwo Ludowe wobec problemów i wyzwań dla Polski* (2008), S. 28.

nationaler, religiöser und kultureller Unterschiede in Europa voraussetzt und sich gleichzeitig im Namen gemeinsamer Werte eint (die oben genannte Freiheit und Achtung der Rechte und Würde, Menschenrechte, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit). Dabei betonten die genannten Parteien besonders die Nationalstaaten und ihre Nationen und Regionen als charakteristische Elemente des „Europas der Einheit in Vielfalt“. PSL legte einen noch stärkeren Schwerpunkt auf die Bewahrung verschiedener Kulturen, Traditionen und Nationalstaaten sowie ihrer Souveränität, Attribute und Befugnisse. Folglich war die Polnische Volkspartei gegen die Föderalisierung der Europäischen Union und befürwortete eine vor allem wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen lose verbundenen Nationalstaaten. Obwohl die Partei 2008 betonte, die Europäische Union habe das Dilemma zwischen einem „Europa der Heimatländer“ oder einem supranationalen „Superstaat“ überwunden und sich für mutigere Integrationsinitiativen entschieden, beabsichtigte sie nicht, einer tieferen Integration in alle EU-Politiken zuzustimmen.

Die Bürgerplattform stand der Föderalisierung der Union viel positiver gegenüber. Gleichzeitig ist hervorzuheben, dass sich die Partei in den ersten Jahren nach dem Beitritt zu den EU-Strukturen für eine starke und effektive Vertretung nationaler Interessen auf europäischer Ebene eingesetzt hat. Im Laufe der Zeit näherten sich die Ansichten der PO den Ansichten der deutschen CDU an, die betonten, dass die Europäische Union eine „Staatenunion“ sei, kein europäischer „Bundesstaat“ oder „Superstaat“, der unabhängig entscheiden könne auf eigene Kompetenzen. Sowohl die CDU als auch die CSU (und die beiden polnischen Parteien) messen in diesem Zusammenhang dem Subsidiaritätsprinzip große Bedeutung bei.

Obwohl CSU, PO und PSL erkannten die Notwendigkeit einer verstärkten und flexiblen Zusammenarbeit der Staaten in der Europäischen Union an, äußerten sich besorgt über die Aufteilung der Mitgliedstaaten in die „erste“ und „zweite“ Kategorie. In den im fraglichen Zeitraum veröffentlichten Parteiprogrammen lehnte die Christlich-Soziale Union das Konzept eines „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ eindeutig ab, die Bürgerplattform wandte sich gegen die sich wandelnden Kreise der Integration, also das Modell der „konzentrischen Kreise“, während die Polnische Volkspartei äußerte sich zu keinem Integrationsmodell negativ. Im Gespräch mit den bayerischen Christdemokraten deutete Bundeskanzlerin Angela Merkel an, dass das „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ aufgrund der engeren wirtschaftlichen und fiskalischen Zusammenarbeit der Länder der Eurozone bereits eine vollendete Tatsache sei.

Beide CDU-Parteien waren sich einig, dass der Ausbau der Organisation nach dem Jahr 2004 wesentlich von ihrer Vertiefungs- und Aufnahmefähigkeit bestimmt wurde. In der Annahme, dass der Erweiterungsphase immer eine Konsolidierung und Vertiefung der EU vorausgehen muss, forderten die Parteien institutionelle Reformen, Verbesserung der Kohärenz und der gemeinsamen Handlungsfähigkeit. Sie waren zwar offen für den Beitritt osteuropäischer Länder, boten aber Belarus, Moldawien

oder der Ukraine Kooperationen innerhalb verschiedener Plattformen an, etwa in der „Ostmitteleuropäischen Dimension“. Nach dem EU-Beitritt Polens haben es sich die Plattform und die Polnische Bauernpartei sogar zur Priorität gemacht, den östlichen Nachbarn bei der Verwirklichung ihrer europäischen Bestrebungen zu helfen. Daher trug die PO-PSL-Regierung im Jahr 2008 mit Unterstützung der schwedischen Diplomatie zur Initiierung des Östlichen Partnerschaftsprogramms bei.

Wie im Fall der osteuropäischen Länder schlug die Christlich Demokratische Union unter Bezugnahme auf die Zusammenarbeit und den möglichen Beitritt der Westbalkanländer zur Europäischen Union vor, dass von der Partei geschaffene Modell des Europäischen Wirtschaftsraums+ (EWR+) zu verwenden. Zudem sprachen sowohl CDU als auch CSU über den schrittweisen Beitritt der Westbalkanstaaten. Sie betonten auch, dass der Bezugspunkt für weitere Beitritte von Ländern aus diesem Bereich deren bedingungslose Erfüllung der Kopenhagener Kriterien sein muss. Dieselbe Bedingung wurde den Balkanstaaten von der Bürgerplattform auferlegt, während die Polnische Volkspartei sich in Parteidokumenten nicht zu diesem Thema äußerte.

Im Fall der Republik Türkei entschieden sich CDU und CSU am häufigsten für das Modell der „privilegierten Partnerschaft“, das einen Beitritt des Landes zur Europäischen Union ausschloss. Sie begründeten ihre Position mit verschiedenen Gründen – von den Grenzen der EU-Erweiterung im geografischen und kulturellen Kontext über das Ungleichgewicht in den EU-Institutionen bis hin zur Nichterfüllung der Kopenhagener Kriterien. Außerdem machte die Bürgerplattform den Beitritt der Türkei von der strikten Erfüllung aller Bedingungen durch dieses Land abhängig, während die Polnische Volkspartei die historischen, zivilisatorischen, kulturellen und wirtschaftlichen Aspekte im Zusammenhang mit der Aufnahme des Landes in die Organisation erwähnte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass trotz der Unterschiede in den Konzepten der europäischen Integration von CDU, CSU, PO und PSL diese Konzepte eine angemessene Grundlage für die Etablierung einer Zusammenarbeit zwischen polnischen und deutschen Parteien innerhalb der EVP darstellen.

Literaturverzeichnis

„20 Leitsätze zur Europapolitik“ beschlossen vom Landesvorstand am 12. April 1999 (1999), https://www.hss.de/fileadmin/user_upload/HSS/Dokumente/ACSP/Europawahlen/CSU-Programm_EPW_1999_01.pdf [Zugriff: 2.5.2022].

Angela Merkel über die Europäische Union, „Süddeutsche Zeitung“, 26.01.2012.

Atilgan C. und Klein D., *EU-Integrationsmodelle unterhalb der Mitgliedschaft*, „Arbeitspapier“ 2006, Nr. 158.

Beschluss C5, Weitere Beschlüsse des 23. Parteitages der CDU, Karlsruhe 2010 (2010), https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/101116-c-beschluesse_0.pdf?file=1&ctype=field_collection_item&cid=373 [Zugriff: 5.5.2022].

- Beschluss „Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland“, 24. Parteitag der CDU Deutschlands, 13.–15.11.2011 (2011), Leipzig, <http://www.leipzig2011.cdu.de/images/stories/docs/1111114-beschluss-europa.pdf> [Zugriff: 5.2.2022].
- Beschluss Nr. H18, „Neue Chancen der Partnerschaft mit der Türkei“ (1992). In: *Protokoll, 3. Parteitag der CDU Deutschlands, Düsseldorf, 26.–28. Oktober 1992*, Bonn.
- „Blisko ludzkich spraw“. *Deklaracja wyborcza PSL. Wybory parlamentarne 2015* (2015).
- Brok E., *Eine neue Erweiterungsstrategie für die EU. Perspektiven nach dem Verhandlungsbeginn mit der Türkei*, „Politische Meinung“, Nr. 433, Dezember 2005.
- Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. In: *Plenarprotokoll 16/157, Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 157. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 24. April 2008*.
- „By żyło się lepiej. Wszystkim“. *Program wyborczy Platformy Obywatelskiej* (2007), Warszawa.
- „Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten“. *Grundsatzprogramm der Christlich Sozialen Union beschlossen im September 2007* (2007), https://www.hss.de/fileadmin/user_upload/HSS/Dokumente/ACSP/Grundsatzprogramme/Grundsatzprogramm_2007.pdf [Zugriff: 2.5.2022].
- „Der Bayernplan. Klar für unser Land“. *Programm der CSU zur Bundestagswahl, Beschluss des CSU-Parteivorstands am 17. Juli 2017 in München* (2017), https://www.hss.de/fileadmin/user_upload/HSS/Dokumente/ACSP/Bundestagswahlen/BTW_2017-Der_Bayernplan.pdf [Zugriff: 2.5.2022].
- „Deutschlands Verantwortung und Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen“. *Beschluss des 20. Parteitages der CDU Deutschlands* (2006), https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/061127_Beschluss_A_end.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=408 [Zugriff: 5.5.2022].
- „Die Europäische Einigung und der Euro“, *Beschluss des Parteitags der Christlich-Sozialen Union am 7./8. Oktober 2011 in Nürnberg* (2011), https://www.csu.de/common/_migrated/csucontent/111011_leitantrag_europa_04.pdf [Zugriff: 2.5.2022].
- „Europa-Manifest der CDU“, *Beschluss des Bundesvorstands der Christlich Demokratischen Union Deutschlands am 22. März 2004* (2004), http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Europaparlament/Programm_Europawahl2004.pdf [Zugriff: 5.5.2022].
- Europaplan Bayern, 2014–2019* (2014), https://www.hss.de/fileadmin/user_upload/HSS/Dokumente/ACSP/Europawahlen/EU2014_Broschuere_Europaplan_Bayern_ES.pdf [Zugriff: 2.5.2022].
- „Freiheit und Sicherheit“. *Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm. Beschlossen vom 21. Parteitag, Hannover, 3.–4. Dezember 2007* (2007), https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar_1.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=1918 [Zugriff: 5.5.2022].
- „Für ein bürgerliches Europa“. *Beschluss des CSU-Parteivorstands vom 30. Januar 2017 in München* (2017), <http://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/politik/beschluesse/Papiere/2017-01-30-Europapapier.pdf> [Zugriff: 2.5.2022].
- „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“. *Regierungsprogramm 2017–2021* (2017), <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1> [Zugriff: 5.5.2022].
- „Für ein starkes Bayern in Europa“. *Wahlprogramm zur Europawahl 2004* (2004), https://www.hss.de/fileadmin/user_upload/HSS/Dokumente/ACSP/Europawahlen/CSU-Programm_EPW_2004_01.pdf [Zugriff: 2.5.2022].
- „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland“. *Regierungsprogramm 2013–2017* (2013), http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/2013-2017_regierungsprogramm.pdf [Zugriff: 5.5.2022].

- „Gemeinsam erfolgreich in Europa“. *Europapolitischer Beschluss des 26. Parteitags der CDU Deutschlands*, 26. Parteitag der CDU Deutschlands, 5. April 2014, Messe Berlin (2014), <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/140405-beschluss-gemeinsam-erfolgreich-in-europa.pdf> [Zugriff: 5.5.2022].
- Karakas C., *Für eine Abgestufte Integration. Zur Debatte um den EU-Beitritt der Türkei*, HSFK-Standpunkte, 2005, Nr. 4.
- „Leitsätze für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik“. *Beschlüsse des 14. Parteitages der CDU Deutschlands* (2001), https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/beschl-auen.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=444 [Zugriff: 5.5.2022].
- Lesiewicz E., *Zróżnicowanie procesów integracji europejskiej. Wybrane problemy*, Wydawnictwo Naukowe UAM, Poznań 2015.
- Manifest der Christlich-Sozialen Union zur Wahl des Europäischen Parlaments am 12. Juni 1994* (1994), https://www.hss.de/fileadmin/user_upload/HSS/Dokumente/ACSP/Europawahlen/CSU-Programm_EPW_1994.pdf [Zugriff: 2.5.2022].
- Merkel praises Turkey over refugees but does not see it joining EU*, Reuters, 22.07.2021, <https://www.reuters.com/world/middle-east/merkel-praises-turkey-over-refugees-does-not-see-it-joining-eu-2021-07-22/> [Zugriff: 6.6.2022].
- Merkel: Wir brauchen mehr Europa, Interview mit Angela Merkel, 07. Juni 2012*, <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/merkel-wir-brauchen-mehr-europa-642496> [Zugriff: 1.7.2018].
- „Narodowe priorytety europejskiej polityki PSL. Sukces Europy, sukces dla Polski“. *Deklaracja Wyborcza Polskiego Stronnictwa Ludowego* (2009), Warszawa.
- „Następny krok. Razem“. *Program wyborczy PO 2011* (2011).
- Kurmayer N.J. und Michalopoulos S., *Bez współpracy z Turcją, Unia Europejska nie rozwiąże problemu imigracji*, Euractiv, 22.06.2021, <https://www.euractiv.pl/section/polityka-wewnetrzna-ue/news/unia-europejska-turcja-niemcy-merkel-draghi-erdogan-syria-imigracja-balkany/> [Zugriff: 6.6.2022].
- „Państwo dla obywateli“. *Plan rządzenia 2005–2009* (2005), Hrsg. M. Jankowski, S. Kawalec, B. Piotrowski, J. Rokita, J. Wasicka, P. Wojciechowski, Warszawa.
- „Polska przyszłości“. *Program Platformy Obywatelskiej RP* (2015).
- Polskie priorytety europejskiej polityki PSL* (2014), Zamość.
- Polskie Stronnictwo Ludowe wobec problemów i wyzwań dla Polski* (2008). In: *Dokumenty X Kongresu Polskiego Stronnictwa Ludowego*, Warszawa.
- Program Społeczno-Gospodarczy Polskiego Stronnictwa Ludowego* (2004), Warszawa.
- PSL Koalicja Polska. Program* (2019), <https://www.psl.pl/wp-content/uploads/2022/08/program.pdf> [Zugriff: 15.6.2022].
- „Razem tworzymy lepszą przyszłość“. *Narodowe priorytety PSL na lata 2007–2011* (2007), Warszawa 2007.
- Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Europäischen Rat in Brüssel am 14./15. Dezember und zur bevorstehenden deutschen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union und in der G8 vor dem Deutschen Bundestag am 14. Dezember 2006 in Berlin, 14. Dezember 2006* (2006), „Bulletin“, Nr. 128-1.
- „Silna Polska. Odnowiony Zachód“. *Program polityki zagranicznej Platformy Obywatelskiej* (2019), Warszawa, <https://platforma.org/upload/document/76/attachments/96/Polityka%20zagraniczna%20WWW.pdf> [Zugriff: 2.12.2022].
- „Stawiamy na normalność – Polska lepszych szans“. *Deklaracja programowa Polskiego Stronnictwa Ludowego* (2007), Warszawa.

Szymański A., *Niemcy wobec rozszerzenia Unii Europejskiej o Turcję*, „PISM Research Papers“ 2007, Nr. 4.

Wissmann M., *Das Modell der gestuften Mitgliedschaft. Neue Strategien für künftige Erweiterungsschritte der EU*, „Internationale Politik“ 2006, Mai.

„Zukunft Europa: handlungsfähig in der Krise, schlank im Innern, stark nach außen“, 77. Parteitag der Christlich-Sozialen Union, 19./20. Oktober 2012 (2012), https://www.csu.de/common/_migrated/csucontent/121020_beschluss-zukunft-europa_02.pdf [Zugriff: 2.5.2022].

Europäische Integration in den Konzepten der polnischen und deutschen Parteien der Europäischen Volkspartei

Kurzzusammenfassung

Der Artikel präsentiert und vergleicht die Konzepte der europäischen Integration zweier deutscher Parteien – CDU und CSU – und zweier polnischer Parteien – PO und PSL – die Mitglieder der Europäischen Volkspartei (EVP) sind. Es gliederte sich in eine Einleitung, drei Teile – der Erste, der Umriss, wie die polnische und die deutsche Partei die Europäische Union wahrnahmen, der zweite, der sich auf die Modelle der europäischen Integration bezog, die den oben genannten Parteien nahestanden, und der dritte, der beschreibt, wie CDU, CSU, PO und PSL die Erweiterung der Europäischen Union wahrgenommen haben – und das Schlusswort. Der Artikel analysiert Parteidokumente, hauptsächlich Wahlprogramme, die in den Jahren 2004–2019 veröffentlicht wurden.

Schlüsselwörter: Europäische Integration, Bürgerplattform, Polnische Volkspartei, Christlich Demokratische Union Deutschlands, Christlich-Soziale Union in Bayern

European integration in the concepts of Polish and German parties belonging to the European People's Party

Abstract

The article presents and compares the concepts of European integration of two German parties – CDU and CSU – and two Polish parties – PO and PSL – which are members of the European People's Party (EPP). It was divided into an introduction, three parts – the first one, which outlined how the Polish and German parties perceived the European Union, the second one related to the models of European integration that were close to the above-mentioned parties, and the third one, which describes how the CDU, CSU, PO and PSL perceived the enlargement of the European Union – and the conclusion. Article analyzes party documents, primarily election programs, that were published in 2004–2019.

Keywords: European integration, Civic Platform, Polish People's Party, Christian Democratic Union of Germany, Christian Social Union in Bavaria